



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 12/20 • 07.05.2020



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der

Europäischen Union



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leser/innen,

die Landesvertretung meldet sich nach einer dem Logdown geschuldeten Pause zurück und ich hoffe, Sie alle sind gesund und munter.

Zwar sind in Belgien die Vorgaben zur Verhinderung der Ausbreitung des Virus aufgrund der überdurchschnittlichen Betroffenheit des Landes nach wie vor sogar strikter als in Sachsen-Anhalt. Dennoch, und trotzdem Homeoffice die Regel in Belgien ist, freuen wir uns, Ihnen ab dieser Woche wieder den Erhalt des Wochenspiegels ermöglichen zu können.

Natürlich hat die Situation der vergangenen Wochen weitreichende Auswirkungen. Auch die Institutionen arbeiten weitestgehend im Homeoffice. Der persönliche Austausch, der gerade für uns in Brüssel zu einem wichtigen Teil unserer Arbeit gehört, liegt vorerst lahm und wird sich in den nächsten Wochen und Monaten nur schrittweise wieder in der alten Form aufnehmen lassen. Aber die Situation zeigt, wie kreativ auch auf europäischer Ebene mit den geänderten Verhältnissen umgegangen wird. Viele Termine werden durch Telefon- und Videokonferenzen ersetzt. Veranstaltungen werden in digitaler Form durchgeführt. Die Zahl der Einladungen zu Webinaren und anderen digitalen Veranstaltungen steigt täglich.

Dies zeigt deutlich: Die Umstände mögen sich geändert haben und es mag eine nicht einschätzbare Zeit dauern, bis man, wenn überhaupt, zu den bisher gewohnten Verhältnissen zurückkehren kann.

Es gibt aber Lösungen und neue Wege und alle sind gewillt gemeinsam daran zu arbeiten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Freude beim heutigen Wochenspiegel.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT

Wirtschaft

Wirtschaft

Wirtschaft

Wirtschaft

Wirtschaft

Wirtschaft

Wirtschaft



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Coronavirus-Krisenreaktion: 7,4 Mrd. EUR für universellen Zugang zu Impfstoffen	
• Tourismus in der Coronakrise	
• Frühjahrsprognose 2020: Tiefe Rezession	
• Neues Pilotprojekt zur Entwicklung von Kompetenzen und Bildung in Europa	
• Firma aus Mainz: erste Tests für COVID-19-Impfstoff in Deutschland	
• Coronakrise: Leitlinien für eine sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz	
• EU und Mexiko schließen Verhandlungen über neues Handelsabkommen ab	
• EU stellt Übersetzungstool „eTranslation“ KMU kostenlos zur Verfügung	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	9
• EU-Kommission genehmigt Staatshilfen für Condor	
• Zwischenbericht zum Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation	
• Kommission übermittelt Bemerkungen zum deutschen Medienstaatsvertrag	
• Säule der sozialen Rechte: Kompass beim Wiederaufbau nach der Pandemie	
• Von der Leyen und Timmermans: Green Deal als Kompass aus der Coronakrise	
• Unterstützung der Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Coronakrise	
• COVID-19: rettet die Europäische Kultur und Werte	
• Belgische Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten zu COVID-19	
• Kommission startet neue Online-Plattform für Kreativbranche	
• Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments fordert Vorlage eines neuen mehrjährigen Finanzrahmens bis Mitte Juni	
<u>Was, wann, wo</u>	15
• Europawoche 2020 startete am 2. Mai – das ganze Jahr in Sachsen-Anhalt	
• Europatag 2020	
• Online-Erhebung von Eurofound	
<u>Ausschreibungen</u>	17
• Ideenwettbewerb des EU-Projekts Delfin	
• ICT 2020-Veranstaltung: EFRE-Projekte im Bereich ICT & Digitalisierung	
• Amtsblatt der Europäischen Union	
<u>Kontaktbörse</u>	19
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	21
• GOEUROPE – Quizfragen	
• Unterrichtsmodule der Europäischen Akademie	
• Neu in unserer Landesvertretung	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	24
<u>Impressum</u>	25



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Coronavirus-Krisenreaktion: 7,4 Mrd. EUR für universellen Zugang zu Impfstoffen



Am 4. Mai 2020 hat die Kommission im Rahmen der Geberveranstaltung der globalen Coronavirus-Krisenreaktion Zusagen in Höhe von 7,4 Mrd. EUR aus der ganzen Welt verzeichnet. Dazu zählt auch eine Zusage der Kommission über 1,4 Mrd. EUR. Die Summe erreicht fast das ursprüngliche Ziel von 7,5 Mrd. EUR und bildet einen soliden Ausgangspunkt für den heute beginnenden weltweiten Spendenmarathon. Ziel ist es, umfangreiche Mittel für die gemeinsame

Entwicklung und den universellen Einsatz von Diagnostika, Behandlungen und Impfstoffen gegen COVID-19 zu beschaffen.

Die Geberveranstaltung wurde von der Europäischen Union, Deutschland, Frankreich, Italien (das den G20-Vorsitz übernehmen wird), Japan, Kanada, dem Königreich Saudi-Arabien (das derzeit den G20-Vorsitz innehat), Norwegen, Spanien und dem Vereinigten Königreich gemeinsam einberufen. Die Initiative ist eine Reaktion auf den Aufruf der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und einer Gruppe von Gesundheitsakteuren zu weltweiter Zusammenarbeit, schneller wichtige medizinische Technologien zur Bekämpfung des neuen Coronavirus zu entwickeln, zu realisieren und weltweit allen Menschen gleichberechtigt zur Verfügung zu stellen. Die Initiative im Rahmen der globalen Coronavirus-Krisenreaktion besteht aus drei Partnerschaften für die Erprobung, Behandlung und Prävention – unterstützt durch die Stärkung der Gesundheitssysteme.

Die Kommission wird in Kürze mitteilen, wie der zugesagte Betrag aufgeteilt werden wird bzw. wie viel davon jeweils in Impfstoffe, Therapeutika, Diagnostika und die Stärkung der Gesundheitssysteme im Zusammenhang mit COVID-19 fließen soll.

Auf dem Globalen Impfgipfel der Impfstoffallianz GAVI am 4. Juni werden zusätzliche Mittel mobilisiert werden, um die nächste Generation mit Impfstoffen zu schützen. Von der Arbeit der GAVI hängt es ab, ob Impfungen überall auf der Welt verfügbar sein werden. Daher ist es entscheidend für den Erfolg der globalen Coronavirus-Krisenreaktion, ob es gelingt, den Mitteltopf der GAVI wieder aufzufüllen. • *fs Quelle PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten](#)

[Informationsblatt](#)



Tourismus in der Coronakrise

In ihrer wöchentlichen Sitzung hat die Europäische Kommission am 27. April 2020 eine Orientierungsdebatte über die in den kommenden Wochen anstehenden Entscheidungen geführt. Dabei ging es um die Folgen der Coronapandemie für die Sommer-Reisesaison und mögliche Hilfen für den Tourismussektor, um den Beitrag der Kommission zum Westbalkan-Gipfel am 6. Mai sowie um die Aufstockung des Mehrjährigen Finanzrahmens und den Wiederaufbaufonds. „Die Kommission arbeitet an Vorschlägen, mit denen wir den EU-Haushalt voll ausschöpfen, den Spielraum vergrößern und auch die Märkte anzapfen können“, sagte Vizepräsidentin Vera Jourová vor Journalisten. Die Kommission strebe ein angemessenes Gleichgewicht aus Darlehen, Zuschüssen und Garantien an.

Ausführlich sprachen die EU-Kommissarinnen und Kommissare über die Folgen der Coronapandemie auf den Tourismus, der etwa 10 Prozent der Wirtschaftsleistung der Europäischen Union beiträgt und in diesem Jahr Umsatzeinbußen von geschätzt etwa 50 Prozent oder mehr hinnehmen muss. Bis Mitte Mai werde die Kommission eine umfassende Mitteilung vorlegen, wie kurzfristige Hilfen und auch ein langfristiger Umbau zu einem nachhaltigen Tourismus aussehen könnten.

Kritisch äußerte sich Jourová zu möglichen Plänen, bestimmte Urlaubsdestinationen nur für bestimmte Nationalitäten zu öffnen. Das Prinzip der Nichtdiskriminierung auf Basis der Nationalität sei ein hohes Rechtsgut in der Europäischen Union, betonte sie. In ihrer Mitteilung werde die Kommission auch Orientierung für die Möglichkeiten für eine schrittweise Rückkehr zu den offenen Grenzen im Schengen-Raum geben.

• *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[EU-Reiserecht: Fragen und Antworten](#)

5

Frühjahrsprognose 2020: Tiefe Rezession



In der am 6. Mai 2020 vorgelegten Frühjahrsprognose geht die Europäische Kommission davon aus, dass die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets infolge der Coronavirus-Pandemie in diesem Jahr um $7\frac{3}{4}$ Prozent, und damit stärker als je zuvor, schrumpfen und 2021 um $6\frac{1}{4}$ Prozent wachsen wird. „Sowohl die Tiefe der Rezession als auch die Stärke der Erholung werden nicht überall gleich sein und davon abhängen, wie schnell die Beschränkungen des Lockdown aufgehoben

werden können, welche Rolle Dienstleistungen wie Tourismus in den einzelnen Volkswirtschaften spielen und welche finanziellen Ressourcen den einzelnen Ländern zur Verfügung stehen. Solche Divergenzen stellen eine Bedrohung für den Binnenmarkt und das Euro-Währungsgebiet dar, können aber durch entschlossenes gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene abgemildert werden. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen“, sagte Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni.



Erwartet werden:

- ein starker Wachstumseinbruch, gefolgt von einer unvollständigen Erholung,
- weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit, eindämmende Wirkung politischer Maßnahmen,
- ein starker Rückgang der Inflation,
- entschlossene politische Maßnahmen werden zu einem Anstieg der öffentlichen Defizite und des öffentlichen Schuldenstands führen,
- außergewöhnlich hohe Unsicherheit und Abwärtsrisiken.

Als nächste Wirtschaftsprognose wird die Europäische Kommission ihre Sommerprognose 2020 vorlegen, die im Juli 2020 veröffentlicht werden soll und nur das BIP-Wachstum und die Inflation erfassen wird. Die nächste vollständige Prognose wird im November 2020 präsentiert. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)
[Die Prognose in voller Länge](#)

Neues Pilotprojekt zur Entwicklung von Kompetenzen und Bildung in Europa

Der Europäische Investitionsfonds (EIF) und die Europäische Kommission führen eine neue Pilot-Bürgerschaftsfazilität ein, um Einzelpersonen und Organisationen, die in Kompetenzen und Bildung investieren möchten, den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern. Mit dem mit 50 Mio. EUR dotierten Pilotprojekt sollen Studierende und Lernende, Unternehmen, die in die Weiterqualifizierung ihrer Beschäftigten investieren, sowie Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung finanziell unterstützt werden.

Die Pilotbürgerschaft für Kompetenzen und Bildung („S&E Pilot“) ist eine neue Fremdfinanzierungsinitiative zur Mobilisierung von Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung sowie in Kompetenzen. Sie soll dazu beitragen, Arbeitsplätzen zu schaffen und auf die sich wandelnden Bedürfnisse der europäischen Wirtschaft zu reagieren.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage, in der sich die europäischen Bürger/innen und Unternehmen derzeit aufgrund der Coronavirus-Pandemie befinden, ist diese Initiative besonders wichtig. Sie wird Unternehmen und Studierende während und nach der Krise unterstützen, damit Europa sich weiterentwickeln, bei globalen technologischen Entwicklungen führend bleiben, seine wissensbasierte Wirtschaft vorantreiben und sich rascher wirtschaftlich erholen kann.

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission für die Förderung unserer europäischen Lebensweise, Margaritis Schinas, erklärte: „Mit einem potenziellen Investitionsvolumen von 200 Mio. EUR zur Förderung von Bildung und Kompetenzen ist die Pilotbürgerschaft ein wichtiger Schritt, um unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften resilienter und inklusiver zu machen, während die EU sich von der Coronavirus-Pandemie erholt.“

Die Initiative soll 2020 erprobt und anschließend als allgemeines europäisches Finanzierungsinstrument in den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU (2021-2027) aufgenommen werden. Außerdem wird die europäische Plattform für Investitionsberatung Unterstützung für den Kapazitätsaufbau zur Förderung des Pilotprojekts bereitstellen. • *ah Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Aufforderung zur Interessenbekundung – EIF](#)

[Website des EFSI](#)

[Europäische Plattform für Investitionsberatung](#)

Corona Krise: Leitlinien für eine sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz

Wie können die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer/innen bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz gewährleistet werden? Diese wichtige Frage bewegt derzeit viele Arbeitgeber, da die EU-Länder nun eine schrittweise Rückkehr an den Arbeitsplatz planen bzw. durchführen. Zur Beantwortung dieser Frage veröffentlicht die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) Leitlinien für eine sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz.

Die Leitlinien decken mehrere Bereiche ab: Risikobewertung und geeignete Maßnahmen, Einbeziehung der Arbeitnehmer/innen, Betreuung von Arbeitnehmer/innen, die krank gewesen sind, Planung und Lernen für die Zukunft, über aktuelle Entwicklungen informiert bleiben, Informationen für bestimmte Branchen und Berufe.

In die von der EU-OSHA in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission ausgearbeiteten Leitlinien sind auch Beiträge des dreigliedrigen Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz und des Ausschusses Hoher Arbeitsaufsichtsbeamter eingeflossen. Sie werden regelmäßig mit zuverlässigen Informationen entsprechend der Entwicklung der Lage aktualisiert. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Webseite der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz](#)

EU und Mexiko schließen Verhandlungen über neues Handelsabkommen ab



Die Europäische Union und Mexiko haben heute das letzte noch ausstehende Element der Aushandlung ihres neuen Handelsabkommens abgeschlossen. Handelskommissar Phil Hogan und die mexikanische Wirtschaftsministerin Graciela Márquez Colín

einigten sich am 28. April telefonisch über den genauen Umfang der wechselseitigen Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte und ein hohes Maß an Vorhersehbarkeit und Transparenz bei öffentlichen Vergabeverfahren. Somit ist für die EU und Mexiko der Weg frei für die Unterzeichnung und Ratifizierung dieses Abkommens gemäß ihren jeweiligen Regeln und Verfahren.



Im Rahmen des neuen EU-Mexiko-Abkommens wird praktisch der gesamte Warenhandel zwischen der EU und Mexiko zollfrei vonstattengehen. Darüber hinaus werden in dem Abkommen fortschrittliche Regeln zur nachhaltigen Entwicklung festgelegt, wie die Verpflichtung zur wirksamen Umsetzung des Pariser Klimaschutzübereinkommens. Dies ist zudem das erste Mal, dass sich die EU in Fragen des Investitionsschutzes mit einem lateinamerikanischen Land einigt. Durch einfachere Zollverfahren werden die Ausfuhren weiter gefördert. • *ah Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mehr zum Handelsabkommen](#)

EU stellt Übersetzungstool „eTranslation“ KMU kostenlos zur Verfügung

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der EU haben ab sofort die Möglichkeit, den online-Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission kostenlos zu nutzen. Der maschinelle Übersetzungsdienst eTranslation kann von öffentlichen Einrichtungen der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten bereits seit dem Jahr 2017 genutzt werden, nun ist er auch für KMU aus Europa zugänglich.

Das Tool übersetzt Dokumente und Texte in 27 Sprachen. Hierzu zählen neben den 24 offiziellen Sprachen der EU auch Isländisch, Norwegisch und Russisch. Europäische KMU registrieren sich einmalig und können nach der Anmeldung den Übersetzungsdienst vollumfänglich nutzen. Hierbei gibt es zwei Möglichkeiten, Texte übersetzen zu lassen: Zum einen durch Hochladen eines oder mehrerer Dokumente und zum anderen durch einfaches Eintippen oder Einfügen eines Textes. Die Übersetzung wird wahlweise per E-Mail zugesandt oder ist in dem jeweiligen persönlichen Arbeitsbereich abrufbar. • *ah Quelle EU-Nachrichten 08/2020*

[Anmeldung bei eTranslation](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

EU-Kommission genehmigt Staatshilfen für Condor

Die EU-Kommission hat am 27. April die beihilferechtliche Genehmigung erteilt für das staatlich verbürgte KfW-Darlehen im Gesamtvolumen von 550 Millionen Euro für die deutsche Charterfluggesellschaft Condor. Mit der Maßnahme will die Bundesregierung der Luftfahrtgesellschaft einen Ausgleich für einen Teil der durch die Corona Krise erlittenen Einbußen gewähren und hatte den Schritt bei der EU-Kommission entsprechend als Beihilfemaßnahme angemeldet.

Der bereits im Herbst vergangenen Jahres genehmigte Überbrückungskredit von 380 Millionen Euro wird nach Unternehmensangaben mit der langfristigen Finanzierung vollständig abgelöst. Das Frankfurter Unternehmen Condor mit rund 4900 Beschäftigten und mehr als 50 Flugzeugen war nach der Abwicklung des britischen Mutter-Konzerns Thomas Cook im September 2019 in ein Schutzschirmverfahren gegangen und ist im Zuge dessen saniert worden.

Die neuerliche Rettung der Condor war im Verlauf der letzten Wochen notwendig geworden: Die polnische Lot hatte die bereits im Januar vereinbarte Übernahme wegen eigener Probleme abgesagt. • *dw Quelle: PM KOM*

Zwischenbericht zum Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation

9

Die Europäischen Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA) haben einen Bericht vorgelegt, in dem sie zeigen, wie wirksam der europäische Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation ist. Der Kodex ist seit Oktober 2018 in Kraft und wurde von Facebook, Google, Microsoft, Mozilla, Twitter und sieben europäischen Branchenverbänden unterzeichnet. Die Kommission begrüßt den Bericht, der bestätigt, dass der Verhaltenskodex die Grundlage für einen strukturierten Dialog geschaffen und sich trotz einiger Mängel positiv auf die Bekämpfung der Online-Desinformation ausgewirkt hat. Die europäischen Medienregulierer empfehlen, dass ein regulatorischer Schritt notwendig sein könnte, um transparenter und wirksamer gegen Desinformation vorzugehen.

Věra Jourová, Vizepräsidentin für Werte und Transparenz, sagte: „Ich freue mich, dass der Verhaltenskodex und unser Dialog mit den Unterzeichnern erste positive Auswirkungen zeigen, aber es bleibt noch mehr zu tun. Dieser Bericht wird unsere laufende Arbeit am Europäischen Aktionsplan für Demokratie vorantreiben, mit dem Maßnahmen vorgeschlagen werden, um Desinformation und entstehenden Bedrohungen für unsere Demokratien entgegenzuwirken. Er wird unter anderem darauf abzielen, eine transparentere und verantwortungsvollere politische Debatte in der digitalen Welt zu schaffen.“

• *ah Quelle: PM Vertretung KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Kommission übermittelt Bemerkungen zum deutschen Medienstaatsvertrag

Die Europäische Kommission hat überprüft, ob der Entwurf des deutschen Medienstaatsvertrages mit dem EU-Recht vereinbar ist und Deutschland ihre Bemerkungen mitgeteilt. „Einige Bestimmungen des deutschen Vertragsentwurfs werfen Bedenken auf, ob sie mit EU-Recht vereinbar sind. Das EU-Recht schützt den freien Binnenmarkt für europäische Anbieter ebenso wie die Medienvielfalt“, sagte Jörg Wojahn, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland. „Die Bemerkungen der EU-Kommission sind jedoch kein verfahrenstechnisches Hindernis für den Abschluss des Medienstaatsvertrags. Mit unseren Kommentaren wollen wir die Bundesländer anregen zu überlegen, wie der Vertragsentwurf besser mit unserem gemeinsamen EU-Recht in Einklang gebracht werden kann.“

„Die Regulierung von Plattformen wird auf europäischer Ebene angegangen. Die Kommission hat bereits angekündigt, bis Ende dieses Jahres ein Gesetzespaket für digitale Dienste vorzuschlagen, den sogenannten Digital Services Act. Hiermit werden die Verantwortlichkeiten großer Online-Plattformen im gesamten Binnenmarkt geklärt, auch mit Blick auf das Ziel, die Medienvielfalt zu fördern. Viele Medienunternehmen, auch aus Deutschland, haben bereits starkes Interesse an einer europäischen Lösung bekundet“, so Wojahn weiter.

Die Kommission teilt voll und ganz das Ziel, das mit dem deutschen Entwurf des Medienstaatsvertrags verfolgt wird. Auch die Kommission setze sich für Medienvielfalt ein, online ebenso wie offline. Sowohl die E-Commerce-Richtlinie als auch die kürzlich überarbeitete Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD) bekräftigen das Ziel des Medienpluralismus. • *ah Quelle: PM Vertretung KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Link zur Notifizierungsdatenbank](#)

10

Säule der sozialen Rechte: Kompass beim Wiederaufbau nach der Pandemie

Für die Mitgliedstaaten sollten nach der Pandemie die Unterstützung der Arbeitnehmer und ihres Einkommens sowie Sozialschutzmaßnahmen Vorrang haben. Darauf einigten sich am 5. Mai Vizepräsidentin Dubravka Šuica und Sozialkommissar Nicolas Schmit mit den EU-Ministern für Beschäftigung und Soziales und den EU-Sozialpartnern, den Unternehmensverbänden und Gewerkschaften.

Šuica wies auf die Bedeutung des demografischen Wandels hin. Ein besseres Verständnis der Altersstruktur eines Landes, der Bevölkerungskonzentrationen, der Haushaltsstrukturen oder der Wechselwirkungen zwischen den Generationen könne dazu beitragen, die Belastung durch kritische Fälle vorherzusagen und eine genauere Planung zu ermöglichen. Auch Schutzmaßnahmen und Ausstiegs- und Erholungspläne könnten durch bessere demografische Kenntnisse effektiver organisiert und geplant werden.

Die Vizepräsidentin kündigte einen Bericht der Kommission über die Auswirkungen des demografischen Wandels an. „Die im kommenden Kommissionsbericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels dargelegten Erkenntnisse werden dazu beitragen, die vom demografischen Wandel am stärksten betroffenen Menschen und Regionen zu identifizieren. Ziel ist es, die Lebensqualität der Menschen in diesen Regionen zu erhalten oder zu verbessern, nicht die Bekämpfung langfristiger demografischer Trends“,



sagte Šuica. Der Bericht stellt die Grundlage für eine politische Debatte dar und ebnet den Weg für ein Grünbuch über das Altern.

Kommissar Nicolas Schmit, zuständig für Beschäftigung und soziale Rechte, sagte: „Die Erholung von den sozioökonomischen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie wird beispiellose Anstrengungen und Koordination zwischen den Mitgliedstaaten erfordern. Sie muss auf eine widerstandsfähigere, gerechtere und nachhaltigere Union ausgerichtet sein, eine Union, in der der Mensch im Mittelpunkt steht. (...) Dabei bleibt die Europäische Säule der sozialen Rechte unser Kompass.“

Schmit machte deutlich, dass die jetzt vorliegenden Zahlen zeigen, dass die Arbeitslosigkeit schnell ansteigt. Die Gefahr, dass junge Menschen Opfer dieser Krise werden, sei groß. Daher werde die Kommission in den kommenden Wochen Vorschläge zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Anpassung der Jugendgarantie vorlegen.

Zur Rettung der Arbeitsplätze und der Einkommen der Arbeiter hatte die Kommission das [SURE](#)-Instrument vorgeschlagen, das bis zu 100 Mrd. Euro für Kurzarbeitsprogramme bereitstellen soll. • *ah Quelle: PM Vertretung KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Von der Leyen und Timmermans: Green Deal als Kompass aus der Coronakrise

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in einer Videobotschaft dazu aufgerufen, den europäischen Grünen Deal als Kompass aus der Coronakrise zu nutzen.

„Jetzt, wo wir planen, Milliarden von Euro zu investieren, um unsere Wirtschaft und Arbeit wieder anzukurbeln, sollten wir nicht in alte umweltschädliche Gewohnheiten verfallen. (...)“

Der europäische Green Deal ist unsere neue Wachstumsstrategie, um unsere Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen und unsere Lebensqualität zu verbessern“ sagte von der Leyen. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident spricht beim 11. Petersberger Klimadialog (per Videokonferenz) unter Leitung von Bundesumweltministerin Svenja Schulze über einen nachhaltigen Weg aus der Krise.

Mit dem europäischen Green Deal möchte die Europäische Kommission das gemeinsam mit den EU-Staaten gesteckte Ziel erreichen, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Der Green Deal zielt auf eine effizientere Ressourcennutzung durch den Übergang zu einer sauberen und kreislauforientierten Wirtschaft, den Artenschutz und den Kampf gegen die Umweltverschmutzung.

Die Kommission hatte den Green Deal im Dezember 2019 auf den Weg gebracht und seitdem unter anderem Vorschläge zur Finanzierung des ökologischen Wandels und für einen Mechanismus für einen gerechten Übergang sowie für das erste europäische Klimagesetz vorgelegt, das die Klimaneutralität bis 2050 als bindendes Ziel festschreiben soll.

• *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#):

Unterstützung der Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Coronakrise

Am 4.5.2020 sind die außergewöhnlichen Marktmaßnahmen zur Unterstützung des europäischen Landwirtschafts- und Ernährungssektors im Amtsblatt der EU veröffentlicht



worden. Die Europäische Kommission wird u. a. Beihilfen für die private Lagerhaltung von Milch- (Magermilchpulver, Butter, Käse) und Fleischerzeugnissen (Rind-, Schaf- und Ziegenfleisch) gewähren. Durch diese Maßnahme können Erzeugnisse für einen vorübergehenden Zeitraum vom Markt genommen werden.

Die Marktstützungsprogramme für Wein, Obst und Gemüse, Olivenöl und Bienenzucht sowie das EU-Schulprogramm (Milch, Obst und Gemüse) werden mit dem Ziel gelockert, das verfügbare Angebot in den einzelnen Sektoren zu begrenzen und so das Gleichgewicht auf diesen Märkten wiederherzustellen. Ebenso gestattet die Kommission, in den Sektoren Milch, Blumen und Kartoffeln von bestimmten EU-Wettbewerbsregeln gemäß Artikel 222 der Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation abzuweichen. So wird beispielsweise im Milchsektor eine kollektive Planung der Milcherzeugung gestattet, während im Blumen- und im Kartoffelsektor Marktrücknahmen vorgenommen werden dürfen. Auch die Lagerhaltung durch private Marktteilnehmer wird erlaubt.

Darüber hinaus können Mitgliedstaaten, denen noch finanzielle Mittel aus dem Fonds zur Entwicklung des ländlichen Raums zur Verfügung stehen, dieses Geld einsetzen, um im Jahr 2020 Landwirte und kleine Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft mit bis zu 5.000 Euro bzw. mit bis zu 50.000 Euro zu unterstützen. •ms

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

COVID-19: rettet die Europäische Kultur und Werte, so die Abgeordneten des Europäischen Parlaments

12

Der Wiederaufbau des hart getroffenen Kultur- und Mediensektors in Europa nach der Corona-Krise muss ein Hauptziel des EU-Konjunkturprogramms sein, so die Abgeordneten in einer Debatte am 4. Mai. In ihrer Diskussion mit den Kommissaren Mariya Gabriel und Thierry Breton betonten die Abgeordneten des Kultur- und Bildungsausschusses im EP, dass der Schaden für den Kultur- und Kreativsektor - insbesondere für kleine Unternehmen und einzelne Akteure - "mehr als nur den Verlust von Arbeitsplätzen" bedeute. "Europa darf nicht zulassen, dass Dinge, die Europa definieren - nämlich die reiche, lebendige und produktive Kultur- und Kreativszene - verschwinden", deshalb müsse die EU die Betroffenen schnell und direkt unterstützen, sagte die Vorsitzende Sabine Verheyen.

Die beiden Kommissare teilten die Ansicht, dass die Kultur und die Werte der EU "um jeden Preis" bewahrt werden müssen, und teilten den Abgeordneten mit, dass ein EU-Unterstützungsplan für den kulturellen und kreativen Sektor als Teil des umfassenderen EU-Konjunkturplans in Arbeit sei.

Die Abgeordneten forderten die Kommission außerdem auf, konkrete Pläne zur direkten Unterstützung des Mediensektors vorzulegen. Sowohl kleine als auch größere Medien verlieren den Großteil ihrer Werbeeinnahmen, und die Unterstützung des Sektors sei für eine gesunde Demokratie und die Bekämpfung der Desinformation von entscheidender Bedeutung, betonten sie.

Da 40 % des Tourismus in der EU mit Kultur und Kulturerbe Stätten verbunden sind, diskutierten die Abgeordneten mit den Kommissaren über konkrete Pläne zur Unterstützung dieses Sektors, der von der Pandemie sehr hart getroffen wurde. Schließlich informierten sie die Kommissare auch über ihre Pläne zur Wiederbelebung und Anpassung in den Bereichen Bildung, digitaler Zugang, Sportindustrie, das Projekt der Europäischen Kulturhauptstädte, die



Unterstützung der europäischen Kinos und der audiovisuellen Produktion sowie über kulturelle Initiativen von Minderheitsgruppen. • *ah Quelle PM EP*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kommission genehmigt belgische Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten zu COVID-19

Die Kommission hat am 27. April 2020 ein belgisches Programm zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten zur Bekämpfung des Coronavirus genehmigt. Die mit insgesamt 4 Mio. Euro ausgestattete Initiative sieht die zuschussbasierte Förderung von Unternehmen sämtlicher Größen und aus allen Sektoren vor, die insbesondere über Kooperationsprojekte mit anderen Unternehmen oder Forschungseinrichtungen die Entwicklung von innovativen Lösungsansätzen für die Bewältigung der Coronavirus-Pandemie vorsehen. Hierzu gehören z. B. Impfstoffe, medizinische Produkte und Geräte sowie Krankenhausausrüstung.

Die Genehmigung der belgischen Förderregelung erfolgte auf Basis des von der Kommission am 19. März 2020 erlassenen befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen zur Wirtschaftsförderung im Kontext der Coronavirus-Pandemie im Zusammenhang mit Art. 107 Absatz 3 Buchstabe c des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV). In diesem Fall sieht das belgische Programm eine Förderung von 80% der förderfähigen Kosten von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und einen Aufschlag von 15% zur Abdeckung der Kosten von internationalen Kooperationsprojekten vor, die grenzüberschreitend umgesetzt oder von mehr als einem Mitgliedstaat unterstützt werden.

Allgemein erlaubt der bis Ende Dezember 2020 geltende Beihilferahmen einen umfassenden Katalog an Fördermaßnahmen, darunter z.B. Zuschüsse, Kapitalzuführungen, Steuervorteile, Garantien, die Förderung von Forschung und Innovation sowie Lohnzuschüsse für Arbeitnehmer. Die Kommission wird vor Ende des Jahres prüfen, ob eine Verlängerung notwendig ist. • *df Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie unter folgendem [Link](#).

Der befristete Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19 2020/C 91 I/01 vom 19. März ist unter folgendem [Link](#) abrufbar. Die am 3. April geänderte Fassung befindet sich [hier](#).

Kommission startet neue Online-Plattform für Kreativbranche

Die Kommission startete am 5. Mai die neue Plattform „Creatives Unite“ für den Austausch von Beschäftigten im Kultur- und Kreativbereich. Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, sagte dazu: „Wir wollen den Menschen im Kultur- und Kreativbereich helfen, während der aktuellen Corona-Pandemie Informationen auszutauschen.“





Die Pandemie hat verheerende wirtschaftliche Auswirkungen auf den Kultur- und Kreativsektor. Ich freue mich, dass diese Online-Plattform den Kultur- und Kreativ-sektoren ein Forum bieten wird, auf dem sie ihre Ideen und Initiativen austauschen und gemeinsam Lösungen als Reaktion auf die Krise erarbeiten können.“

Der Start der Plattform folgt auf eine Videokonferenz der EU-Kulturminister vom 8. April, auf der Kommissarin Gabriel die Initiative ankündigte. Creative FLIP, ein Pilotprojekt des Europäischen Parlaments, das von der Europäischen Kommission unter der Leitung des Goethe-Instituts in Zusammenarbeit mit dem European Creative Hubs Network und anderen Partnern durchgeführt wird, wird bei der Leitung und Betreuung der Plattform helfen. Creatives Unite wird eine zentrale Anlaufstelle für alle sein, die Informationen über Initiativen zur Krisenreaktion des Kultur- und Kreativsektors suchen. • *ah: Quelle PM Vertretung KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments fordert Vorlage eines neuen mehrjährigen Finanzrahmens bis Mitte Juni

Der Haushaltsausschuss (BUDG) des Europäischen Parlaments (EP) hat am 4. Mai 2020 mit großer Mehrheit eine Initiativstellungnahme verabschiedet, die eine Vorlage durch die EU-Kommission eines neuen Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU für die Zeit nach 2020 bis zum 15. Juni fordert. Zuständig für den Stellungnahme Entwurf sind zwei Ko-Berichterstatter der beiden größten Fraktionen – Jan Olbrycht (Europäische Volkspartei, Polen) und Margarida Marques (Sozialdemokraten, Portugal).

Hintergrund der Stellungnahme ist das Auslaufen des aktuellen MFR am 31. Dezember 2020. Zahlreiche Förderungen wie z. B. das Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ enden zu diesem Zeitpunkt. Im Kontext der aktuellen Coronavirus-Pandemie argumentiert das EP, dass eine baldige Verabschiedung eines mit mehr Mitteln und zusätzlicher Flexibilität ausgestatteten MFR zum Wiederaufbau der Wirtschaft und zur Gewährleistung der Planungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Hochschulen, Landwirte, Regionen und Städte unabdingbar ist. Der Rat der EU befindet sich allerdings noch in der Positionsfindung zum MFR für die Jahre 2021-2027.

Über den Entwurf der Stellungnahme wird voraussichtlich am 13. Mai im Plenum abgestimmt. Im Anschluss muss die EU-Kommission gemäß Art. 225 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) entweder einen entsprechenden Entwurf vorlegen oder schriftlich begründen, wieso dies nicht möglich ist. • *df Quelle: EP*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Europawoche 2020 startete am 2. Mai – das ganze Jahr Europawoche in Sachsen-Anhalt

Am 2. Mai startete die diesjährige Europawoche – aufgrund der COVID-19-Pandemie jedoch unter anderen Bedingungen als in den Jahren zuvor. So haben sich auch in Sachsen-Anhalt einige Vereine, Einrichtungen und Organisationen der aktuellen Situation angepasst und bieten im Mai verschiedene vor allem digitale Formate an, die sich mit europäischen Themen auseinandersetzen und an denen Interessierte teilnehmen können.



© Europäische Kommission

In der [Veranstaltungsübersicht](#) auf der Website von GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum beim DRK Landesverband Sachsen-Anhalt e. V. können anstehende Termine eingesehen werden.

Darüber hinaus können vor dem Hintergrund des Coronavirus Veranstaltungen mit Bezug zur Europawoche ganzjährig stattfinden, da der mögliche Zuwendungszeitraum der diesjährigen Europawoche in Sachsen-Anhalt auf das gesamte Jahr 2020 ausgeweitet wurde.

Interessierte sind daher eingeladen, regelmäßig auf den Websites von [GOEUROPE!](#) und der [Staatskanzlei und Ministerium für Kultur](#) vorbeizuschauen, um keine Informationen oder Veranstaltungen der Europawoche 2020 zu verpassen.

Die Gesamtverantwortung für die Europawoche 2020 in Sachsen-Anhalt liegt in der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur beim Referat EU-Angelegenheiten. Das Team von GOEUROPE! unterstützt die Organisation und Durchführung. Für Rückfragen stehen Ihnen GOEUROPE! (Tel.: 0391/610 689 74, E-Mail: europawoche@goeurope-lsa.de) und die Ansprechpersonen in der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur (Tel.: 0391/567 6747, europa@stk.sachsen-anhalt.de) gern zur Verfügung. • *Gastartikel*



Europatag 2020

70 Jahre nach der Schuman-Erklärung steht Europa vor einer Krise, die das Zusammenstehen wichtiger denn je macht. Am 9. Mai 2020 erinnern wir uns daran, wie die Europäer 1950 Geschichte geschrieben haben, und würdigen diejenigen, die heute Geschichte schreiben.



Diese Veranstaltung ist ein Ort, um gemeinsam zu diskutieren, sich gegenseitig zu inspirieren, #EuropeansAgainstCovid19-Helden zu feiern und Sie darüber zu informieren, wie Europa für Sie arbeitet. Diese Veranstaltung bietet auch den Platz, um über die Zukunft nach Covid-19 zu sprechen. Sie können hier virtuell den Tag verbringen. Wenn Sie sich anschließen möchten, können Sie eine europäische Flagge aus dem Fenster hängen (oder eine zeichnen und an das Fenster kleben), ein Foto aufnehmen und es teilen. • *fs Quelle: PM KOM*

Mehr dazu [hier](#).

Online-Erhebung von Eurofound



Die COVID-19-Pandemie hat weitreichende Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsqualität der Menschen. Mit einer online-Umfrage will die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen Eurofound die unmittelbarsten Veränderungen und ihre Auswirkungen erfassen. Die Umfrage ist anonym und richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren, die in den EU-Mitgliedstaaten leben. Sie ist auch für Menschen aus anderen Ländern offen. • *ah Quelle EU-Nachrichten 08/2020*

[Zur Online-Umfrage](#)



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Ideenwettbewerb des EU-Projekts DelFin: Soziale Innovation sucht Gründer (m/w/d)

Sie haben eine sozialinnovative Idee für den ländlichen Raum? Und Sie möchten daraus ein marktfähiges Geschäftsmodell entwickeln und in Sachsen-Anhalt verwirklichen? Dann bewerben Sie sich für das 9-monatige Pilotprogramm. Es unterstützt und begleitet Sie, von der Weiterentwicklung der Idee bis hin zur Gründung des sozialen Unternehmens. Eingereicht werden können sozialinnovative Ideen, die einen nachhaltigen Lösungsansatz für den ländlichen Raum Sachsen-Anhalts liefern und aus denen ein marktfähiges Geschäftsmodell entwickelt werden kann. Die Bezeichnung ländlich bezieht sich hierbei auf Sachsen-Anhalt, ohne die Städte Halle (Saale) und Magdeburg.



© Investitionsbank Sachsen-Anhalt

Bewerbungen können bis zum 25. Mai 2020 eingereicht werden unter:

<https://www.mitz-merseburg.de/de/news-mitz/ideenwettbewerb-des-eu-projekts-delfin-soziale-innovation-sucht-gruender-mwd-20004463.html>

17

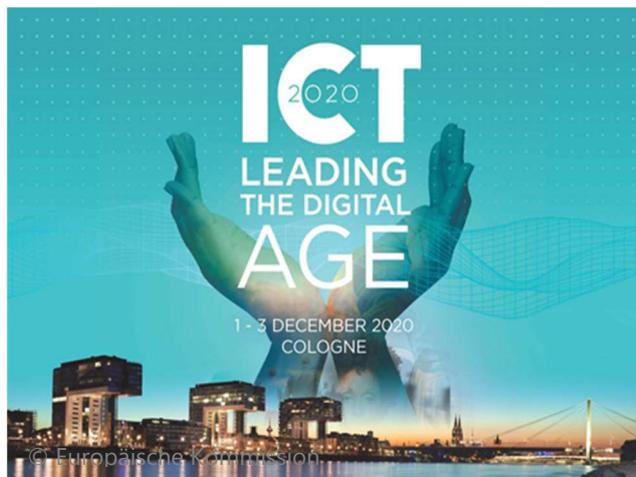
Das Pilotprogramm ist eine gemeinsame Initiative der Investitionsbank Sachsen-Anhalt und des Merseburger Innovations- und Technologiezentrums und findet im Rahmen des Interreg Central Europe Projekts DelFin statt. Ziel des Projekts ist es, soziales Unternehmertum in ländlichen Regionen mit besonderen Transformationsproblemen zu fördern, um wirtschaftliche und soziale Innovation voranzutreiben. • *Gastartikel*

Mehr dazu [hier](#).



ICT 2020-Veranstaltung: EFRE-Projekte im Bereich ICT & Digitalisierung können sich bis zum 28. Mai bewerben

Zum ersten Mal können sich EFRE-Projekte (und nicht nur H2020-Projekte) bis zum 28. Mai 2020 für die Teilnahme an dem von der DG CNECT der Europäischen Kommission und der deutschen EU-Ratspräsidentschaft organisierten Veranstaltungs- und Ausstellungsbereich ICT 2020 mit ca. 5.000 Teilnehmer im Dezember 2020 in Köln, Deutschland.



EFRE-Projektbegünstigte, die im Bereich IKT und Digitalisierung tätig sind, werden dringend aufgefordert, sich zu bewerben und an dieser Veranstaltung teilzunehmen, um ihre Sichtbarkeit und ihr Netzwerk mit den relevanten Interessenvertretern der IKT-Gemeinschaft zu erhöhen. • *fs Quelle: PM KOM*

Mehr dazu [hier](#).

Amtsblatt der Europäischen Union

Stellenausschreibung OMB/04/2020 - Direktor für Untersuchungen (m/w)
(2020/C 146 A/01)

Allgemeine Angaben:

Bezeichnung der Planstelle:	Direktor
Funktions- und Besoldungsgruppe:	AD 14
Rechtsgrundlage:	Artikel 29 Absatz 2 des Statuts (1)
Ort der dienstlichen Verwendung:	Brüssel
Bewerbungsschluss:	31. Mai 2020
Gewünschter Dienstantritt:	So bald wie möglich

• *fs Quelle: Amtsblatt der EU*

Mehr dazu [hier](#).



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)



Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Gesuch/Programm/ Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung/Stichworte
Forschungsgesuch Horizon 2020 Ungarn	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Partner für die präklinische/klinische Validierung und Kommerzialisierung eines Verdampfers medizinischer Qualität gesucht Ein ungarisches Ingenieurunternehmen entwickelt einen Verdampfer für medizinische Kräuter. Das Gerät ermöglicht eine effiziente und präzise Dosierung von nützlichen Inhaltsstoffen, indem Wirkstoffe direkt aus trockenen Kräutern verdampft werden, ohne dass dabei schädliche Verbindungen freigesetzt werden. Das Unternehmen sucht Partner für die vorklinische und klinische Erprobung des Geräts im Rahmen eines H2020-Vorschlags sowie Hersteller/Verteiler von Heilkräutern, insbesondere von medizinischem Cannabis. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: RDHU20200430001
Forschungsgesuch Vereinigtes Königreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Industrie- oder akademischer Partner für Projekt zu modernen Werkstoffen gesucht Ein in London ansässiges Unternehmen für die Entwicklung fortschrittlicher Batterien möchte sich gemeinsam mit einem Partner aus der Industrie oder der akademischen Forschung für die EUREKA-Finanzierungsausschreibung zum Thema fortschrittliche Werkstoffe bewerben. Die Kooperation soll im Rahmen einer Forschungsvereinbarung erfolgen. Ziel ist die Zusammenarbeit in den Bereichen Halbleiter & Display sowie Sekundärbatterien & Sensortechnologie. Industriepartner können u.a. Hersteller von IoT, Hörgeräten, Unterhaltungselektronik und aus dem Bereich Automotive sein. Akademische Forschungspartner sollen Expertise



		<p>in der Entwicklung neuer Produkte einschließlich Prototyping haben.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier. Referenznummer: RDUK20200417001</p>
Technologiesuch Spanien	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de</p>	<p>Spanisches Biotech-Unternehmen sucht molekulare In-vitro-Diagnostik-Kits</p> <p>Ein spanisches Biotech-Unternehmen ist Experte in der Entwicklung von Instrumenten zur Früherkennung von Dickdarmkrebs auf der Grundlage minimal-invasiver Ansätze. Es verfügt über eine molekulare Signatur, die auf einigen Proteinen und Mikro-RNA (miRNA)-Biomarkern basiert, und sucht nach Partnern für die Herstellung einer In-vitro-Diagnostik (IVD) und von Kits und Rohstoffen (Reagenzien) für die Analyse dieser Biomarker. Darüber hinaus wird eine technische Zusammenarbeit zur Übertragung der Methode auf eine proprietäre Technologie oder zum Multiplexing der Biomarker und ein kommerzielles Abkommen mit technischer Unterstützung beim Kitting und Vertrieb an Endkunden gesucht.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p> <p>Referenznummer: TRES20200420001</p>

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt. Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

21

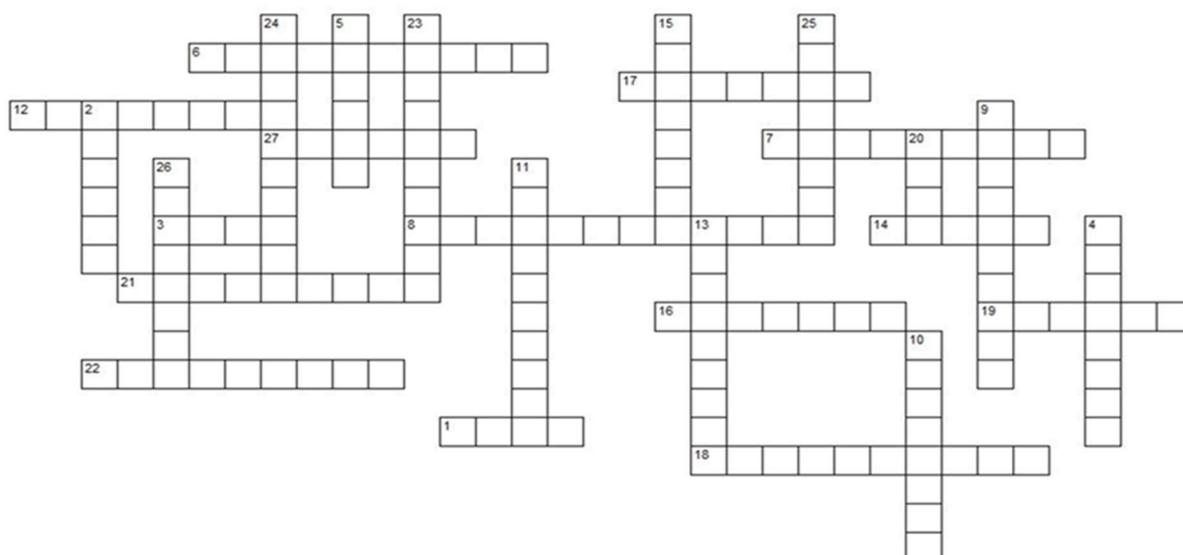
Obwohl die Europawoche 2020 nicht wie gewohnt stattfinden kann, wird es auf kreativen Wegen weiterhin Veranstaltungen geben. Den Beginn machen eine Videoreihe der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und eine Online-Beratung zum Thema Auslandspraktikum für Azubis der Handwerkskammer und IHK Magdeburg. Bis zum Ende des Jahres haben Sie die Möglichkeit, an weiteren Veranstaltungen teilzunehmen – den Veranstaltungskalender finden Sie unter www.anmeldung.goeurope-lsa.de



Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche!

Passend zur Europawoche und dem Europatag am 09. Mai erwartet Sie in dieser Woche ein Kreuzworträtsel mit 27 Fragen zu allen EU-Mitgliedsstaaten. Umlaute werden folgendermaßen geschrieben: AE, OE, UE. Viel Spaß beim Lösen des Kreuzworträtsels!

1. Der österreichische Bundeskanzler heißt Sebastian...
2. In der Tschechischen Republik bezahlt man mit...
3. Die Hauptstadt von Lettland ist...
4. Am kürzesten Mitglied in der EU ist...
5. Ein bekanntes spanisches Reisgericht heißt...
6. Der Name des schwedischen Königshauses ist...
7. Ljubljana ist die Hauptstadt von...
8. Sirtaki tanzt man in...
9. Ein Wahrzeichen der französischen Hauptstadt ist der...
10. Die Amtssprachen in Malta sind maltesisch und...
11. Das deutsche Staatsoberhaupt heißt mit Nachnamen...
12. Die rumänische Hauptstadt heißt...
13. Land und Hauptstadt tragen den gleichen Namen in...
14. Mit Złoty bezahlt man in...
15. Die zahlreichen Kanäle in der niederländischen Hauptstadt Amsterdam nennt man...
16. Philippe ist König und Staatsoberhaupt von...
17. Die estnische Hauptstadt heißt...
18. Amtssprachen in Zypern sind türkisch und...
19. Lángos isst man ursprünglich in...
20. Die litauische Währung heißt...
21. Den Goldstrand findet man in...
22. Eine bekannte Sehenswürdigkeit in der italienischen Hauptstadt ist das...
23. Die Öresundbrücke verbindet das schwedische Malmö mit dem dänischen...
24. Die Hauptstadt der Slowakei ist...
25. Ein blaues Kreuz auf weißem Hintergrund kennzeichnet die Flagge von...
26. Auf der Iberischen Halbinsel befinden sich Spanien und...
27. Guinness trinkt man in...





Lösungen:

Senkrecht: 2. Kronen, 4. Kroatien, 5. Paella, 9. Eiffelturm, 10. Englisch, 11. Steinmeier, 13. Luxemburg, 15. Grachten, 20. Euro, 23. Kopenhagen, 24. Bratislava, 25. Finnland, 26. Portugal

Waagerecht: 1. Kurz, 3. Riga, 6. Bernadotte, 7. Slowenien, 8. Griechenland, 12. Bukarest, 14. Polen, 16. Belgien, 17. Tallinn, 18. Griechisch, 19. Ungarn, 21. Bulgarien, 22. Kolosseum, 27. Irland

Unterrichtsmodule der Europäischen Akademie

Schüler für Europa zu interessieren, ist nicht immer einfach. Die neuen Kontext-Module der Europäischen Akademie vermitteln Lehrkräften und Multiplikatoren alles, was sie wissen müssen, um zu unterrichten, was junge Menschen umtreibt: Klimawandel, Migration, Beteiligung. Mit Infos & Aufgaben, analog & digital, regen die Kontext-Module dazu an, sich vor allem eines zu bilden: eine eigene Meinung. Die Module wurden mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes entwickelt. • *ah Quelle: EU-Nachrichten 08/2020*

[Zu den Kontext-Modulen](#)

Neu in unserer Landesvertretung: Florentine Stäuber, Sachbearbeiterin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem 16. März 2020 verstärke ich das Team der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel, in der Position als Redakteurin des Wochenspiegels und der Zuständigkeit für Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit.

Als gebürtige Sachsen-Anhalterin bin ich stolz, auch hier in Brüssel für mein Bundesland tätig zu sein und mich dafür stark zu machen.

Einen Großteil meines Lebens verbrachte ich im schönen Harzkreis, wo ich aufgewachsen bin, mein Abitur gemacht und auch mein Studium im Europäischen Verwaltungsmanagement erfolgreich abgeschlossen habe.

Schon während meines Studiums zog es mich oft nach Brüssel. Bei meiner Arbeit im Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebundes konnte ich die Theorie in die Praxis umsetzen und währenddessen auch mein nächstes Ziel definieren.

Das Ziel in Brüssel, im Zentrum der europäischen Politik und in einer der für mich schönsten Städte Belgiens, eine Aufgabe zu finden, von der aus ich weiter meine Leidenschaft für die europapolitische Themen ausleben kann.

Die Gegenwart zeigt, dieses Ziel habe ich erreicht und bin stolz darauf, eine Verbindung zu meiner Vergangenheit nun auch in Brüssel gefunden zu haben.

Für die Zukunft wünsche ich mir eine herausragende Zusammenarbeit mit Ihnen allen und hoffe auf Ihre Unterstützung, Hilfe aber auch konstruktive Kritik, um nun auch gemeinsame Ziele zu setzen und zu verwirklichen.

Ich freue mich auf die Zukunft und wünsche Ihnen, trotz der derzeitigen, schwierigen Situation alles erdenklich Gute.

Ihre Florentine Stäuber



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonietta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
Florentine Stäuber (FS)	Redaktion EU-Wochenspiegel, ÖA, Veranstaltungen	...32	E-Mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Florentine Stäuber

Fotos

Florentine Stäuber, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der
Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-
Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien
noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes
zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.
Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer
bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht
in einer Weise verwendet werden, die als
Parteinahme der Landesregierung zugunsten
einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

